

# Schon abGEZockt?

Initiative gegen die öffentlich-rechtliche Bedrohung der Informationsfreiheit

[www.schon-abGEZockt.de](http://www.schon-abGEZockt.de) • Gegen den Gebührenwahnsinn!

## Niedersächsische Staatskanzlei

Christian Wulff  
Planckstraße 2

30169 Hannover

Datum: \_\_\_\_\_

## Protest gegen Rundfunk-Zwangsgebühren auf Internet-PCs ab dem 01.01.2007

Sehr geehrter Herr Wulff,

als Bürger des Bundeslandes Niedersachsen unterstütze ich den Protest der *Initiative gegen die öffentlich-rechtliche Bedrohung der Informationsfreiheit* ([www.schon-abGEZockt.de](http://www.schon-abGEZockt.de)) gegen jegliche GEZ-Zwangsgebühr auf Internet-PCs. Dabei ist es egal, ob diese Gebühr auf PCs in Privathaushalten und/oder in Unternehmen erhoben werden soll.

Ich,

\_\_\_\_\_  
(Vorname, Name)

\_\_\_\_\_  
(Adresse)

\_\_\_\_\_  
(PLZ / Ort)

mache Sie als Vertreter des Bundeslandes, in dem ich meinen ständigen Wohnsitz habe, für diese Fehlentscheidung auf der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten zu den Gebührenplänen der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mitverantwortlich. Möglicherweise habe ich auch eine Fehlentscheidung bei der letzten Wahl getroffen und werde diese auf Grund der veränderten Sachlage zum gegebenen Zeitpunkt korrigieren müssen.

Darüber hinaus unterstütze ich mit diesem Schreiben ausdrücklich die Ziele der Initiative nach einem transparenten und sparsam wirtschaftenden Rundfunk ohne Zwangsgebühren auf Geräte, die mit Rundfunk absolut nichts zu tun haben. Unter moderner Medienpolitik verstehe ich etwas anderes.

**Ich fordere Sie und die anderen Ministerpräsidenten hiermit auf,**

- die GEZ-Gebühr auf Internet-PCs in Privathaushalten und Unternehmen zurückzunehmen und eine grundsätzliche Gebührenfreiheit mindestens bis zum Jahre 2010 zu beschließen,
- die Begriffe „Empfangsgerät“ und „Grundversorgung“ eindeutig neu zu definieren, so dass nicht jede neue Technologie zur Datenübertragung zum Spielball ebenso gieriger wie überflüssiger Sendeanstalten und deren Vertretern werden kann,
- die Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks jenseits seiner Kernkompetenz massiv einzuschränken, da millionenschwere Internetangebote und andere kostspielige Experimente mit neuen Technologien sicher nicht zur Grundversorgung gehören,
- die GEZ-Gebühr eindeutig in Bestandteile für Radio und TV aufzuspalten, so dass jeder Teilnehmer nur zahlt, was er auch tatsächlich nutzt,
- eine Qualitätskontrolle einzurichten, welche Reichweiten und die Erfüllung der Grundversorgung überwacht, um eine bessere Grundlage für eine Gebührenanpassung – auch nach unten! – zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterzeichner)

## **Anleitung – Bitte lesen!**

Die Protestbriefe werden bis zum 31.12.2004 gesammelt und im Januar 2005 den einzelnen Ministerpräsidenten bei Anwesenheit der Presse übergeben. Senden Sie deshalb diesen Brief zuerst an uns und nicht an Ihren Ministerpräsidenten. Wenn Sie bereits vorher Ihren Protest zum Ausdruck bringen wollen, senden Sie ihm eine Kopie des Schreibens und vermerken Sie den Text „KOPIE“ handschriftlich darauf.

Bitte füllen Sie dieses Schreiben aus und unterschreiben Sie es. Senden Sie den Brief dann - in fensterlosem Umschlag oder mit Kurzbrief / Anschriftenkarte und ohne diese Seite – an folgende Adresse:

**Daniel Weber**  
**Uhlandweg 5**  
**50389 Wesseling**

Wir versichern, dass die Daten gemäß den aktuellen Datenschutzbestimmungen behandelt und nicht anderweitig oder von Dritten verwertet werden.